

Geschätzte Damen und Herren, Genossinnen, Genossen und Gesinnungsspione, chice Cüplisozis und Olivengrüne, liebe Parteibeitragbezahler-aber-dann-doch-nicht-in-die-Politikgeherinnen, meine funktionierende Gewerkschaftsfunktionäre sowie Mitglieder der UNIA, liebe Aktivistinnen und Aktivdienstler, jugendliche Vordemonstranten und Prügelgrosis, liebe Menschinnen und Menschen und all das, was gerade hier so anwesend ist, um sich dieses einen Mal im Jahr selber zu feiern, Bratwurst zu fressen und Bier zu trinken, als ob das hier ein Fussballspiel sei und zum Schluss dann die Internationale zu singen, im vollen Bewusstsein, dass die Welt natürlich noch viel schlechter sein könnte, aber, ach, was haben wir es doch immer noch gut in der Schweiz.

Und da singen wir dann gemeinsam von dieser famosen Solidarität, jenem Lebensgefühl, das wir so häufig zitieren, obwohl die meisten von uns schon lange vergessen haben, was denn das eigentlich heissen soll. Beziehungsweise es einfach mit Mitleid verwechseln. Wenn zum ungezähltesten Male hunderte Menschen im Mittelmeer jämmerlich ersaufen, weil wir der Ansicht sind, es sei so viel sinnvoller, unsere Aussengrenzen zu verstärken und stattdessen den Menschen „vor Ort“ zu helfen anstatt sie hier mit offenen Armen zu empfangen – und wir dann unsere „Solidarität“ bekunden, indem wir unser facebook-Profilbild ändern anstatt Grenzzäune niederzureissen. Oder ein schnödes Trinkgeld spenden an irgendein Hilfswerk, an irgendeine NGO, die dann schon die Arbeit für uns machen wird, weil wir eben nicht fähig sind, unser Land und Europa so zu verändern. Oder noch schlimmer, wir als schweigende Mittäter kein Wort dazu sagen, wenn der grössenwahnsinnige Verbrecher Recep Tayip Erdogan ein Regime des Schreckens direkt vor unserer Haustür aufbaut, weil er uns die Syrer vom Hals hält und den IS.

Und der Syrer, der macht es uns schon etwas unwohl derzeit, nicht? Weil Syrer an sich, der ist ja schon sehr anders als wir, oder? Der hat ja zum Beispiel noch nicht gelernt, dass Mann und Frau gleichberechtigt sind und deswegen müssen wir da schon eine gewisse Vorsicht walten lassen, wenn er zu uns kommt. Also in das Land, in dem die blöden Hinterwäldler im Appenzell Innerrhoden erst 1991 begreifen mussten, dass das Stimm- und Wahlrecht bedingungslos geschuldet ist, auch den Frauen. Und seht ihr, so einfach machen wir es uns dann zwischendurch mit unserer eigenen Geschichte – wir zeigen mit dem Finger auf die vermeintlichen Aussenseiter, damit wir ja nicht darüber reden müssen, dass es auch noch keine zwanzig Jahre her ist, seit wir die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt haben. Dass es noch keine dreissig Jahre her ist, dass verheiratete Frauen nur arbeiten durften, wenn ihr Alter einverstanden war und das Geld auf ein gemeinsames Bankkonto ging, über das nur der Mann Verfügungsgewalt hatte. Dass wir bis heute noch nicht

soweit sind, dass Frauen selbstverständlich den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit erhalten und Männer ihren Teil an der Kindererziehung beisteuern. Aber natürlich, da bin ich jetzt unfair, nicht? Wir machen ja schon Fortschritte. Bald haben wir zum Beispiel das gleiche Rentenalter für Mann und Frau – das ist doch mal Gleichberechtigung, oder?

Und da wundert es mich dann auch nicht, wenn ich solchen Zeiten, in denen wir einen professionellen Steuerbetrüger als Wirtschaftsminister haben, einen fundamentalen Freikirchler als Wirtschaftsminister und einen Sozialdemokraten, der als Mittel zur Gleichberechtigung das Rentenalter einseitig erhöht, Zeiten in denen ein Rechtsradikaler Göringfan zum meistgewählten Nationalrat der Schweiz wird, Zeiten, in der die Leute mehr Angst haben vor dem Kleindrogenhändler an der Langstrasse, der sie definitiv NICHT berauben wird, weil der will ihnen ja was verkaufen, als vor Novartis, die uns jeden Tag um mehr Geld beraubt als alle Strassenkriminellen der Schweiz zusammen pro Jahr, dass wir in solchen Zeiten manchmal plötzlich nicht mehr so sicher sind, ob das mit dieser Demokratie wirklich der letzte Schluss der Weisheit sei. Schauen sie sich nur an, was da so alles demokratisch gewählt wird: Die orange angemalte Twitterkartoffel Donald Trump, die menschenfeindliche Antisemitin Marine Le Pen, der grössenwahnsinnige Verbrecher Recep Tayip Erdogan. Aber schaut, Freunde, die Demokratie dafür verantwortlich zu machen ist in etwa ähnlich kurzsichtig wie zu behaupten, unsere Schulkinder sprechen zu wenig französisch, weil sie in der Schule zu früh mit Französisch anfangen.

Wo wir schon bei den Sprachen sind: Natürlich stimme auch ich mit dem „Blick“ überein, wenn er uns einen latent legasthenisch formulierten Integrationsvertrag unter die Nase reibt, der fordert, dass jeder Mensch, der in diesem Land lebt, sich in einer Landessprache verständlich ausdrücken können sollte. Das denke ich mir auch jeweils, wenn ich in einer Kommission des St.Galler Kantonsrats sitze und zuhöre, wie sich Vertreter von CVP und SVP eine halbe Stunde darüber streiten, ob es jetzt wichtiger sei, dass Einbürgerungswillige in unserem Kanton die Verfassung respektieren oder akzeptieren und dieses Wort dann ins Bürgerrechtsgesetz schreiben lassen. Ja, da frage ich mich dann schon zwischendurch, ob es nicht wichtiger wäre, den B2-Deutschtest für kantonale Parlamentarierinnen und Parlamentarier einzuführen anstatt für jene, die sich um den Schweizer Pass bewerben. Weil wenn sie es könnten, dann würden sie nämlich endlich die Worte herausbringen, die sie schon lange sagen wollen: Wer hier einwandert, hat unsere Sozialwerke zu finanzieren und darüber hinaus die Schnauze zu halten. Und kein Wunder fordern sie im gleichen Atemzug dann, dass die Doppelbürgerschaft abgeschafft werden sollte – die Loyalität zu unserem Staat hat bedingungslos zu sein. Als ob es noch nie einen Menschen gegeben hätte, der gleichzeitig Fan des FCB und von Bayern München gewesen wäre. Die Welt ist halt manchmal widersprüchlich. Mario Fehr ist schliesslich auch nach wie vor Sozialdemokrat,

oder?

Im Ernst: Wenn wir von Menschen, die sich um das Schweizer Bürgerrecht bewerben, verlangen, dass sie die Verfassung, in ihrer jetzigen Form, bedingungslos akzeptieren müssen, ohne jeglichen Anspruch darauf, diese jemals ändern zu dürfen, dann nehmen wir ihnen genau jenes Recht, das wir ihnen sogleich vor der Nase herumwedeln. Oder anders gesagt: Wer wissen will, wie die bedingungslose Unterwerfung unter die Verfassung eines Staates aussieht, der soll einen Blick nach Nordkorea werfen.

Was das nur schon für eine Wortwahl ist: Sich um das Bürgerrecht zu bewerben. Als ob das ein Bewerbungsgespräch sei für einen Job oder eine Castingshow. Dabei geht es ja dabei um nichts weniger als die Frage, ob wir weiterhin eine Demokratie sein wollen: Wir sind als Nation erst seit 1971 in der Situation, dass mehr als 50% unserer Bevölkerung mitbestimmen dürfen – heute sind es knapp 70 Prozent. Wir haben einen der höchsten Ausländeranteile Europas – nicht, wie uns das dauernd eingeredet wird, weil mehr Menschen in die Schweiz einwandern als nach Deutschland oder Frankreich. Sondern einzig und allein, weil wir so eine verdammte sautümme tüend, wenn es darum geht, den Menschen, die hier leben, die hier arbeiten und zur Schule gehen, das Recht zuzugestehen, unsere Gesellschaft mitgestalten zu dürfen. Und trotzdem reden wir stolz davon, dass hier bei uns die Mehrheit bestimmt. Ja was denn für eine Mehrheit? Sind das jetzt diese 50.3%? Also diese 50.3 Prozent der dreissig Prozent, die sich noch auf dem Zahnfleisch an die Urne schleifen, während den anderen die Politik verleidet ist? Zeigt mir doch bitte einmal die Primarlehrerin, die auf dem Schulreisli einfach mal so 85% der Kinder am Hauptbahnhof Zürich zurücklässt und wenn man sie fragt, wie das denn gekommen sei, antwortet sie, die anderen hätten beim Durchzählen halt nicht mitgemacht, weil die seien halt in der Sonderklasse Mathematik gewesen, und viel wichtiger sei es doch, dass die Mehrheit der Kinder unbeschadet nach Hause gekommen sei.

Und da wundern wir uns dann, dass die Verhältnisse so sind, wie sie sind. Dass jener kleine, weisse, wohlhabende, gut ausgebildete Teil der Bevölkerung, dessen Privilegien durchaus auf dem Spiel stehen, wenn wir über Mindestlöhne abstimmen, über eine zusätzliche Woche Ferien, über ein bedingungsloses Grundeinkommen oder über gerechte Steuern für Einkommen und Vermögen mit sovielen Nullen, dass wir sie uns kaum vorstellen können, dass diese dann dem ewig abgelutschten Argument „unsere Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel!“ nachrennen? Und es ist auch kein Wunder, dass diese dann so Sätze rausbekommen wie jüngst ein SVP-Vertreter in einer St.Galler Zeitung: Die Linke hätte ein Interesse daran, dass mehr Ausländerinnen und Ausländer eingebürgert werden, weil wir uns davon mehr Wähleranteile erhoffen. Dabei wissen alle, dass das Gegenteil der Fall ist. Jene, die am stärksten gegen die

erleichterte Einbürgerung der dritten Generation abstimmen, waren jene, die am frischesten eingebürgert waren. Aber Demokratie besteht eben nicht darin, dass sich die politischen Parteien ihr Wahlvolk aussuchen, sondern umgekehrt. Und wenn die eingebürgerten Migrantinnen und Migranten, die sozial abgeschlagenen und Unzufriedenen ausgerechnet jene Partei wählen, die von Multimillionären finanziert wird, weil sie mit dem machiavellistischen Trick des „Teile und herrsche“ aufeinander gehetzt werden, müssen wir nicht die Demokratie abschaffen. Wir müssen dafür sorgen, dass das System wieder funktioniert. Nur so können wir den feuchten Traum des Grosskapitals verhindern: Dass unser Land irgendwann zu zwei Dritteln aus einer globalisierten mobilen Arbeiterklasse besteht, die nach Gutdünken geholt werden kann, natürlich ohne Familie und ohne dass ihre fremdsprachigen Bälger unser Schulsystem belasten, die wir dann zu Tiefstlöhnen anstellen, solange wir sie brauchen und wenn sie 50 und ausgebrannt sind und auf der Sozialhilfe landen, schmeissen wir sie rechtlos wieder aus dem Land.

Liebe Anwesenden: Solidarität ist kein Mitleid. Sie ist Ausdruck einer Überzeugung der Gleichwertigkeit, die eben gerade darauf basiert, dass sie keine Gleichheit ist. „Solidarität ist das Zusammengehörigkeitsgefühl, das praktisch werden kann und soll,“ hat der Soziologe Manfred Vierkant den Begriff definiert, bevor ihm die Nationalsozialisten das Unterrichten verboten. Und zwar ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das unsere individuellen Ansichten und Weltanschauungen transzendieren kann und soll, wenn wir als Gemeinschaft, als Nation, so es diese denn noch braucht, als Menschheit eine Zukunft haben wollen. Es ist immer recht einfach, vermeintlich solidarisch mit jenen zu sein, die weniger haben als wir, solange wir nichts an den bestehenden Verhältnissen ändern. Wenn wir wie die Kantone Basel Stadt und Zürich ein bisschen was in den Finanzausgleich schütten, anstatt dafür zu sorgen, dass Novartis nicht mehr von jedem MS-Patienten 100 Stutz pro Tag kassiert und die Credit Suisse keine Boni ausschütten kann, mit Geld, das sie aus dem griechischen Staatshaushalt und aus unseren Pensionskassen gestohlen haben. Solidarität ist nicht, wenn wir ein bisschen unsere Profilbilder ändern anstatt anzuerkennen, dass Migration wie das Wetter ist: Sie findet statt. Sie lässt sich nicht aufhalten, sie lässt sich nicht wegdirigieren und sie lässt sich nicht wegschweigen. Und egal wie hoch die Hürden sind, die wir bauen: Dieses Land besteht aus Migrantinnen und Migranten. Und wenn die Demokratie, derer wir uns so rühmen eine Zukunft haben soll, dann müssen sie eben mit gemeint sein, wenn wir von einem „Volk“ sprechen, das über die Geschicke dieses Landes bestimmt. Das ist Solidarität.

Denn seien wir ehrlich: es gibt keine Völker. Ich habe alle Kontinente dieses Planeten bereist und noch nie ein Volk getroffen. Nur Menschen. Und zugegeben, die meisten Menschen sind Egoisten, Idioten und Arschlöcher. Das ist halt nach wie vor die Ausgangslage. Damit müssen wir arbeiten, wenn wir die Demokratie ernst nehmen. Bis wir eben wieder Mehrheiten sind. Nicht 20

Prozent. Auch nicht 50.3. Sondern eine solidarische Gemeinschaft. Dafür lasst uns kämpfen. Am 1. Mai und darüber hinaus, an der Urne, in den Parlamenten, auf der Strasse, an den Grenzen am Rande Europas und in ihrer Mitte und in den Köpfen der Menschen, die halt nicht alle gleich sind, aber von denen niemand fremd ist, solange wir sie nicht zu Fremden machen.